



[zurück](#)

Printausgabe vom 05.06.2007

Stadtparlament soll erst im Juli endgültig über das PPP-Projekt entscheiden

Neue Zweifel an Gutachten



Uwe Becker

Frankfurt. Über den umstrittenen PPP-Vertrag mit dem Hochtief-Konzern zur Sanierung von vier Schulen wird nun doch nicht in der heutigen Plenarsitzung des Stadtparlaments entschieden. Kämmerer Uwe Becker (CDU) sagte gestern nach einem Gespräch mit den Fraktionschefs Markus Frank (CDU) und Olaf Cunitz (Grüne), zunächst solle die Entscheidung der Vergabekammer des Regierungspräsidiums Darmstadt abgewartet werden, bei der das Unternehmen Züblin eine Klage gegen das Vergabeverfahren eingereicht hat (die FNP berichtete). Der Kammerspruch soll bis Ende Juni erfolgen, so dass das Römerparlament in der letzten Sitzung vor der Sommerpause Anfang Juli entscheiden könnte – es sei denn, Züblin bekäme Recht oder würde die nächste Instanz anrufen.



Wichtige Nachrichten sofort aufs Handy bekommen. **Eil-Meldung als SMS.** Ob Tsunami, neuer Papst oder Kanzler-Wahl. Oder Eintracht Frankfurt, oder DAX, Nikkei, Auslands-Fußball... **Nachrichten als SMS**
Die FNP-Redaktion informiert Sie sofort!

CDU-Fraktionschef Frank teilte mit, dass zur heutigen Plenarsitzung ein schwarz-grüner Antrag vorgelegt wird, der „die Sicherstellung des Schulbetriebs“ an den vier betroffenen Einrichtungen vorsieht. Dazu zählen das Aufstellen von Containern und die Vorbereitung der erforderlichen Umzüge. Dies soll gewährleisten, dass bei einem positiven Bescheid des Regierungspräsidiums in jedem Fall noch in diesen Sommerferien mit der Schulsanierung begonnen werden kann. In den nächsten Wochen, so Frank, solle zudem insbesondere die SPD davon überzeugt werden, dass PPP „ein wichtiges Werkzeug für die Zukunft“ sei, weil die Stadt finanziell „Stabilität über viele Jahre“ und „höhere Qualität für geringere Kosten“ erhalte.

Kämmerer Becker räumte ein, dass er dem Stadtparlament „einiges zumutet“, aber es gelte, „keine Zeit zu verlieren“. Das städtische Revisionsamt habe nun Gelegenheit zu einer ausführlichen Stellungnahme, außerdem könnten die Römerfraktionen noch intensiver informiert werden. „Wir werden die Zeit intensiv nutzen, um Überzeugungsarbeit zu leisten“, sagte Becker.

Unterdessen übte der Frankfurter Unternehmensberater Michael Erhardt, der im Auftrag des „Bürgerbündnisses gegen Privatisierung“ das PPP-Projekt unter die Lupe genommen hat, scharfe Kritik am Vorgehen des Magistrats. Zum einen sei es unüblich, lediglich zu einem einzigen Anbieter ein Wirtschaftlichkeitsgutachten anfertigen zu lassen. Die Nähe des Gutachters zu PPP-Projekten sei bekannt, nicht dagegen, was die Studie gekostet habe. Zum zweiten werde das PPP-Angebot einem aus dem Jahre 2005 stammenden Angebot zum Neubau der vier betroffenen Schulen gegenübergestellt. Seriöser wäre es, so Erhardt, ein aktuelles Kostenangebot einzuholen. Hinzu komme, dass das Privatunternehmen die Preise für seine Leistungen alle ein bis drei Jahre erhöhen könne, die Stadt aber kein Kündigungsrecht habe. Nicht zuletzt sei es der Stadt nur in sehr begrenztem Umfang möglich, bei schlechten Leistungen die Zahlungen zu kürzen.

Erhardt verwies auch darauf, dass im PPP-Modell weder die Bau-, noch die Betriebskosten von der Stadt nennenswert beeinflusst werden könnten. Würde sie selbst bauen, könnte die Stadt dagegen auf 38 Prozent der Kosten Einfluss nehmen. Es werde vom Magistrat nirgends begründet, weshalb nur ein Privatunternehmen, nicht

aber die Stadt die Kosten optimieren könne. Die Herkunft der Berechnungsergebnisse bleibe „intransparent und nicht überprüfbar“. Deshalb werde dem Parlament „empfohlen, die Offenlegung der Daten zu erbitten“.

Lothar Reininger, Fraktionschef der Linken/WASG, und GEW-Bezirkschef Herbert Storn forderten das Stadtparlament auf, das PPP-Projekt aufzugeben und die vier Schulen in städtischer Regie zu sanieren. Er hoffe, so Storn, dass sich die Grünen-Basis gegen das Vorhaben ebenso wehre wie vor Jahren gegen das geplante Cross-Border-Leasing-Geschäft mit dem U-Bahn-Netz. Reininger erklärte, angesichts der guten Haushaltslage bestehe „keine Not“, eine so lange Bindung einzugehen. Das Volumen des Projekts werde sich in den nächsten zwei Jahrzehnten auf annähernd 300 Millionen Euro summieren. Dass ohne ausreichende Information entschieden werden solle, sei „eine Verhöhnung des Parlaments“, sagte Reininger. Seine Fraktion werde rechtliche Schritte gegen das Vorhaben prüfen. (jge)

► [Kommentar verfassen](#)

◄ [zurück](#)

Bitte beachten Sie:

Unser Angebot dient lediglich Ihrer persönlichen Information.
Kopieren und/oder Weitergabe sind nicht gestattet.

© 2003 Frankfurter Neue Presse

[Zum Anfang der Seite](#) | [Mediadaten – Anzeigen](#)
[Seite zu den Favoriten](#) | [RSS-Feeds](#) | [Volontariat](#)
[Online-Werbung](#) | [Impressum Online](#) | [Impressum Print](#)
[FNP.de als Startseite](#) | [FNP.de zu Favoriten hinzufügen](#)
[Leserbrief zu diesem Artikel schreiben](#)
[Druckversion dieses Artikels](#)
[Diesen Artikel versenden](#)
[Was ist FNP, TZ, HK, NNP?](#)

Wettervorschau

Heute Sa. So.



bis bis bis
19 °C 27 °C 26 °C

► [mehr](#)

Anzeigenmarkt

- [Immobilien \(22260\)](#)
- [Kfz \(11612\)](#)
- [Stellen \(6181\)](#)
- [Flohmarkt \(2240\)](#)
- [Kennenlernen \(499\)](#)
- [Reise \(166\)](#)
- [Telefontafel \(107\)](#)
- [Dienstleistungen \(184\)](#)
- [Online-Adressen \(89\)](#)
- [Anzeige aufgeben](#)

TOP-THEMA

Karlsruhe entscheidet frühestens Dienstag über Demo-Verbot

Karlsruhe/Heiligendamm (dpa) Das Bundesverfassungsgericht wird erst an diesem Dienstag oder Mittwoch die mit Spannung erwartete Entscheidung zum Demonstrationsverbot in Heiligendamm treffen. Nach Angaben einer Gerichtssprecherin waren die Verfassungsbeschwerden und der Eilantrag der Globalisierungskritiker erst am Montag kurz nach Mitternacht eingegangen.

► [mehr](#)